

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

15.10.1913 (No. 282)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 282

Mittwoch, den 15. Oktober 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telefon-
auskunft Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einzugsgebühr: die 6mal gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich unter dem 27. September 1913 gnädigst be-
wogen gefunden,

den Untererheberrn

Gottfried Nehm in Hügelheim,
Valentin Kläger in Rappennau,
Roman Sutterer in Mörsbach,
Christian Büchle in Mutl,
Johann Gutjahr in Kollmarsteute,
Ferdinand Mast in Schuttern,
Anton Nägele in Blumenfeld,
Wilhelm Metz in Aufen,
Philipp Schumacher in Breitenbronn,
Emil Dörflinger in Schönenberg,
Philipp Köpfer in Bernau,
Matthä Fedele in Gausen i. L.,
Johann Hünler in Markelfingen,
Franz Heim in Heudorf,
Ignaz Willibald in Kaisersdorf und
Karl Tröndle in Albrud

die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 30. September 1913 gnädigst geruht,
den Kanzleirat Wilhelm Roth beim Großherzoglichen
Oberstkammerherrnamt auf sein untertänigstes Ansuchen
unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten
Dienste auf 15. Oktober 1913 in den Ruhestand zu ver-
setzen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Vor hundert Jahren.

15. Oktober. Graf Brede übernimmt den Oberbefehl über die
österreichisch-bayerische Armee.

Karlsruhe, 14. Oktober.

„Was ist's mit dem 18. Oktober?“

Unter dieser Überschrift gibt der „Volksfreund“ im Zeit-
artikel seiner Nummer 236 vom 9. Oktober die Erklärung
ab, daß zur Feier des 100jährigen Jubiläums der Leipziger
Völkerschlacht „das arbeitende Volk, die Massen ab-
seits stehen werden“. Als Grund dazu führt er an, bei
dieser Feier sei „alles monarchistisch durchsetzt, so wenig
Recht die Geschichte auch hierzu bewilligen mag“. Er er-
geht sich dann in historischen Ausführungen, um, wie er
sagt, „der patriotischen Legende die geschichtliche Wahrheit
gegenüberzustellen“.

Man darf begierig sein, diese Ausführungen etwas
näher zu betrachten. Sie bestehen vor allem in einer
scharfen Anklage gegen Friedrich Wilhelm III. Als schon
die weitesten Schichten des preussischen Volkes von stürmi-
scher Kriegesbegeisterung längst ergriffen waren, sei er
der Bewegung noch mißtrauisch ablehnend und feindselig
gegenübergestanden, habe die zum Kriege drängenden
Männer als „Hitzköpfe“, „Narren“, „lächerliche Schreier“
usw. beschimpft und gar als „Verräter“ gebrandmarkt.
Damit hat uns nun der „Volksfreund“ nichts Neues ge-
sagt, auch nichts, was etwa „die Legende“ bisher anders
dargestellt hätte. Man kennt genugsam die verzweifelte
Situation des preussischen Königs. Ganz von französi-
schen Spähern umgeben, äußerlich noch vertragsmäßig an
den Gewaltigen gefettet, war Friedrich Wilhelm III. dazu
verurteilt, ein gefährliches und seiner ehrlichen Gesinnung
verhaftes Doppelspiel zu treiben. Daß er bei all seinen
sonstigen trefflichen Seiten, namentlich seinen musterhaf-
ten häuslichen Tugenden eine verschüchterte, zaghafte Per-
sönlichkeit war, räumen unsere Historiker rüchhaltlos ein.
Selbst Treitschke, sein beredtester Anwalt, gibt zu, daß
ihm der große Zug fehlte und er „eine ausgesprochen un-
politische Natur“ war; seine Weigerung, schon 1808 oder
1809, dann wieder 1811, wo er von vielen Seiten gedrängt
wurde, loszuschlagen, mußte die Wagenmutigen stark ent-
täuschen. Alles das ist längst bekannt; aber die „geschicht-
liche Wahrheit“, welche der „Volksfreund“ für sich so
emphatisch in Anspruch nimmt, hätte verlangt, daß auch
die Beweggründe für diese Haltung des Königs zur Gel-
tung kommen. Es war die Rücksicht auf die geradezu ent-

setzte Not seines erschöpften Landes, sowie die Beforg-
nis, daß jetzt ein unglücklicher Krieg den sicheren Unter-
gang des Staates herbeiführe. Und diese Furcht war
wohlbegründet. Denn darin stimmen heute alle Histo-
riker überein, daß, wenn der König der Kampfespolitik
der Reformen, die schon 1808 losbrechen wollten, gefolgt
wäre, ein zweites Viena unvermeidlich gewesen wäre: da-
mit aber war auch Preussens Schicksal endgültig besiegelt!
So hat, wie Meinecke konstatiert, „die Politik des Königs
es doch erreicht, daß die Existenz des Staates notdürftig
gefristet wurde bis zur Stunde, wo das Schicksal selbst
einlud, die Waffen zu erheben“. Von den Zeitgenossen
hatte Scharnhorst, der feinste Kopf in der näheren Um-
gebung des Königs, so sehr auch er sonst wie Blücher und
die andern von Kampfbegierde brannte, für die Zurückhal-
tung des seiner furchtbaren Verantwortung sich bewußten
Herrschers ein richtiges Verständnis, und er war es auch,
der ihm in den Tagen, wo andere an seiner Haltung irre
werden wollten, um so treuer anhing. Daß übrigens der
Entschluß zum Kampfe selbst noch Anfang 1813 nicht ohne
die ernsteste Gefahr war, hat auch der in seinem Urteil
genieß nicht höfischer Gesinnung verdächtige Freiberr vom
Stein eingeräumt; er zeigt, daß die Streitkräfte Preussens
damals schwach, die russischen noch nicht entwickelt waren;
aus diesem Grunde „verdiente der Entschluß des Königs
volle Anerkennung“. Der hervorragende bayerische Ge-
schichtsforscher Heigel kommt nach Abwägung aller Mo-
mente bezüglich der Frage über das Hauptverdienst des
Jahres 1813 zu dem Resultat: „So sehr es der geschicht-
lichen Wahrheit Gewalt antun hieße, wenn man die Er-
hebung von 1813 auf die Initiative Friedrich Wilhelms
III. zurückführen wollte, ebensowenig darf ein Gegensatz
konstruiert werden zwischen dem König und jenen füh-
renden Geistern, denen der Aufbau des preussischen Staa-
tes und damit die Wiederbelebung des deutschen Geistes
zu danken ist.“ Er weist auch, was der „Volksfreund“
besonders beachten mag, darauf hin, wie all den Männern
damals, den Scharnhorst, York, Scharnstein und eben-
falls den Arndt, Fichte, Schleiermacher die germanische An-
hänglichkeit an den Träger der Krone, die Königstreue,
über allen anderen Absichten und Rücksichten stand. Sie
hatten sich, obwohl verschiedenen deutschen Staaten ent-
stammend, dem Fridericianischen Staate zugewendet und
waren dem darin fest verankerten monarchischen Prinzip
unbedingt ergeben. Dem „Volksfreund“ mag das viel-
leicht weniger sympathisch sein; aber der von ihm so arg
gescholtene Friedrich Wilhelm III. vertrat doch auch An-
schauungen, für die sich der „Volksfreund“ etwas erwär-
men sollte. So z. B. wenn er aus der französischen Revo-
lution vor allem die ehrenwerte Nutzung der gezogenen
Lektionen wollte, daß „die Fürsten nicht aussaugende Schma-
rocker sein, sondern dem Wohle des Landes dienen müß-
ten“. Aber freilich würde mit einer Anerkennung dieses
Anspruches an Friedrich Wilhelm etwas gelobt werden
müssen, und dem Verfasser des Zeitartikels lag doch nur
daran, zwischen dem König und der Volksbewegung einen
möglichst starken Gegensatz herzustellen. Übrigens sollte
der „Volksfreund“ doch davon Notiz nehmen, daß Meinecke
in Übereinstimmung mit den ersten Historikern jüngst mit
aller Schärfe das Urteil ausgesprochen hat, daß, wenn es
nach der russischen Katastrophe auch zu Volkserhebungen
gekommen wäre, diese nur einen sehr zweifelhaften Er-
folg gehabt hätten, wofür sie nicht getragen waren von
einem festgefühten Staate, wie es eben damals doch nur
der preussische war. Auf diesen Staat und seinen König
blickten die Kämpfer des Jahres 1813, und nachdem Fried-
rich Wilhelm zu Anfang jenes Jahres seinen schicksalsschwe-
ren Entschluß gefaßt und der Krieg seinen Anfang genom-
men hatte, gab die persönliche Hingebung ans Herrscherhaus
dem Kampfe selbst Schwung und erhöhte Begeisterung.
„Der preussisch-monarchische Sinn hatte sich emporgeworfen
an dem erschütternden Unglück und der vorbildlichen Hal-
tung des Königshauses“ — so schließt der Vornehme Histo-
riker von Bezold seine Betrachtungen über den „Geist von
1813“.

Im zweiten Teile des Artikels wendet sich der „Volks-
freund“ zu den andern deutschen Fürsten, deren Enkel
und Urenkel sich am 14. Oktober zur Feier beim Leipziger
Siegesdenkmal vereinigen werden. Er beruft sich auf
einzelne Äußerungen von Treitschke und Fichte, Arndt
und Scharnhorst, in denen das Verhalten deutscher Fürsten
gegenüber Napoleon scharf getadelt wird, und meint, wenn
die Nachkommen jener Fürsten auch nicht persönlich für die

Ereignisse vor 100 Jahren haftbar seien, so müßten sie
doch jetzt allen Anlaß haben, sich bei dieser Erinnerungs-
feier zurückzuhalten. Wir glauben nicht, daß die deut-
schen Fürsten diesem Anfinnen des „Volksfreunds“ Folge
leisten und am 14. Oktober sich vom Festplatze der Nation
ausschließen. Der in diesem ganzen Erguß herausstretende
Grimm ist nur ein Beweis für den Satz, daß der Haß
blind macht. Also: weil vor 100 Jahren einzelne Fürsten
das drückende Joch des forsischen Despoten getragen,
manchmal unter atter Verdemütigung getragen, sollen
ihre Nachkommen fern bleiben, wenn die Befreiung von
jenem schmachvollen Joch gefeiert wird! Allerdings bil-
ligt der „Volksfreund“ ihnen großmütig zu, daß sie „nicht
persönlich haftbar“ sind.

Daß einst einzelne deutsche Fürsten sich tief erniedrigen
mußten, gehört gewiß zu dem ganzen Jammer jener Na-
poleonischen Knechtschaft, und wir verstehen es, wie der
Unmut hierüber die Vaterlandsfreunde bisweilen zu star-
ken, vom „Volksfreund“ hier mit Behagen registrierten
Zornesausbrüchen trieb. Treitschke hat bekanntlich die
volle Schale seines Zornes auf jene Rheinbundsfürsten
ausgegossen. Aber gerade ihm gegenüber ist neuerdings
von den ruhigsten und objektivsten Forschern betont wor-
den, daß eine nüchterne Betrachtung jener Zeitverhältnisse
den Scheltworten der Patrioten von 1813 durchaus
nicht ganz zustimmen kann. In welcher Lage waren denn
die kleinen, zur Selbstbehauptung unfähigen Staatswesen
nach dem Zusammenbruche des Reichs? Rings bedroht
von den Einverleibungsgelüsten mächtigerer Nachbarn,
sahen sie sich dem Machtgebote und der Laune des Impera-
tors unweigerlich preisgegeben, und wenn in jener Krisis,
wo es sich um Sein oder Nichtsein handelte, das harte Ge-
bot der Selbsterhaltung manchmal zu bedenklichen Mitteln
greifen ließ, so wird schwer zu entscheiden sein, ob nicht die
größere Hälfte der Schuld auf die furchtbare Zwangslage
fällt. Und haben denn alle damals so leicht ihren Nacken
gebogen vor dem Allgewaltigen? Der „Volksfreund“
möge bei Treitschke nachlesen, wie unser Karl Friedrich bei
jenen Rheinbundsverhandlungen zu Mainz im einsamen
Zimmer dem Erzkanzler Dalberg schluchzend in die Arme
fiel und den Untergang seines Vaterlandes beweinte.
Den bayerischen Prinzen Ludwig, den späteren König,
drohte Napoleon erschließen zu lassen, weil er es gewagt
hatte, seinen Befehlen offen entgegenzutreten. Aber von
solchen Fürsten schweigt der „Volksfreund“; ihm genügt
es, mit grobem Hobel über jene ganze Zeit hinwegzuho-
beln, unbekümmert darum, daß es für jeden, der über ge-
schichtliche Dinge urteilen will, das erste Erfordernis ist,
wenigstens zu versuchen, sich in die Zeitverhältnisse hinein-
zuersehen, Licht und Schatten gerecht zu verteilen. Daß
grundtätige Erschütterungen wie jene vor 100 Jahren
sich in der Weltgeschichte niemals ohne Härte und unter
oft häßlichen Formen vollzogen haben, scheint ihm
fremd zu sein; sonst hätte er für die Schilderung der Zeit
vor 100 Jahren auch andere Stimmen zu Worte kommen
lassen.

Die „geschichtliche Wahrheit“, die der „Volksfreund“
so gern im Munde führt, braucht nicht zu ent-
schuldigend — das ist nicht ihre Aufgabe, — sondern sie soll
erklären: das aber unterläßt der „Volksfreund“,
weil es seinem verbissenen Fürstenhaffe nicht paßt.

Aber seine Hauptanfrage berührt die bittere Enttäu-
schung bezüglich der an die Befreiungskämpfe geknüpften
Hoffnungen auf ein freies, einiges Deutschland. Ob
auch der „Volksfreund“ selbst das damalige Scheitern
dieser Hoffnungen auf ein einiges Deutschland ernstlich
beklagt, dürfte allerdings nach seinem Verhalten zum jehti-
gen geeinten Deutschland mindestens fraglich sein. Inbe-
sondere, warum blieben denn jene Hoffnungen so lange uner-
füllt? War es nur die Schuld der Fürsten, wenn das deut-
sche Staatsschiff noch ein halbes Jahrhundert auf dem wil-
den Meere trieb? Für den „Volksfreund“ mag das selbst-
verständlich sein; die Argiver haben ja von jeher für
Schäden und Mißstände lieber die Könige verantwort-
lich gemacht, als sich selbst. Wer aber unsere Geschichte
kennt weiß, daß unsere Nation seit dem Wiener Kongreß
schwierige Lehrjahre durchzumachen hatte, und daß, wenn
es in denselben nicht an den schlimmsten Rückfällen in die
alten Krankheiten fehlte, nicht nur der partikularistische
Egoismus der Regierungen, sondern auch die Unreife-
keit und der Hader unserer eigenen Volksgenossen daran
schuld war. Gewiß liegt eine Veräumnisschuld auf den
deutschen Regierungen, von denen nur ein Teil dem Ver-

langen nach freiheitlichem konstitutionellem Staatsleben entsprachen. Aber waren denn die politischen Ansichten und Theorien der deutschen Politiker selbst ganz geklärt und gereift? Mühten nicht die zum Teile erbitterten Gegensätze bei den Staatsleitern die allerhöchsten Bedenken wecken, ob nicht in Ausgestaltung des politischen Lebens ein rascheres Tempo ernste Gefahren heraufbeschwöre? Um von jenen Kämpfen und Gegensätzen nur eines zu erwähnen: wer hat denn den konstitutionellen Beratungen der Paulskirche größere Schwierigkeiten bereitet und Unruhen erzeugt, als jene Partei, deren antimonarchisches Staatsideal doch dem des „Volksfreundes“ ziemlich nahe steht? Die deutsche Einheit vollends war ein Problem, zu dessen Verwirklichung erst die allergrößten Hindernisse aus dem Wege geräumt werden mußten, Hindernisse, die denn doch nicht bloß lähler Wille der Fürsten aufgerichtet hatte. Der „Volksfreund“ wird wissen, wer das Wort vom „Mut und Eisen“ immer am meisten verfehlt hat; jenes Wort weist aber auf den einzigen Weg, der zur Einheit führen konnte. Wer die Verfassungsentwicklung und die deutsche Einheitsbewegung im abgelaufenen Jahrhundert durchgeht, wird gewiß bald nach oben, bald auch nach unten mit bitterer Kritik einsehen können. Aber töricht und ungerecht ist es, in grimmiger Verbissenheit nur die eine Wegschale zu belasten.

Unsere deutsche Geschichte hat uns oft hart am Abgrunde vorübergeführt, und nichts ist der Nation an hohen Gütern ohne schweren Kampf zugefallen. Aber diese Kämpfe sind auch andern Völkern nicht erspart geblieben. Auch der stolze Bau des englischen Verfassungsstaates ist nicht ohne die heftigsten Erschütterungen entstanden und in Frankreich ging die konstitutionelle Entwicklung durch Ströme von Blut. Das ist die Tragik aller Menschengeschichte. Aber während andere Völker nach Überwindung böser Zeiten der Nachtseiten des Bergangesen vergessen und sich des endlich errungenen Zielles freuen, sehen wir in Deutschland das betäubende Schauspiel, daß einem Teil unseres Volkes jede mitfühlende Teilnahme an der nationalen Entwicklung und den großen Erlebnissen systematisch verweigert wird. In selbstmörderischem Bestreben werden ihm nur die Niederungen und der Morast gezeigt, durch welche der Weg eben auch teilweise hindurchzuführen; das Licht, zu dem schließlich emporgestiegen wurde, sollen die Massen nicht sehen, und doch empfangen auch sie, ja sie am allermeisten, von ihm Wärme und Leben. Oder ist es nicht wahr, daß, ganz abgesehen von all dem, was unser deutsches Reich durch seine soziale Gesetzgebung der arbeitenden Klasse an opferreicher Fürsorge leistet, an dem wirtschaftlichen Aufschwunge und der gehobenen Lebensführung, die unser Volk seit Gründung des Reiches 1870/71 gewonnen, auch gerade die unteren Schichten ihren reichlichen Anteil genommen haben? Ist doch z. B. das Guthaben der kleinen Leute bei den deutschen Sparkassen in der Zeit von 1881 bis 1911 von 2 Milliarden auf 17 gestiegen! Aber statt an einem Tage, an dem die Nation einer großen, ja der größten Befreiungstat gedenkt, durch die der spätere Aufstieg erst eigentlich ermöglicht wurde, zur Gesamtheit hinzuzutreten, sollen die Massen nach der Order des „Volksfreundes“ grollend abseits stehen bleiben. Der „Volksfreund“ redet von der Feier des 18. Oktober als höflichem Festmahl; er trägt nur zusammen, was vor hundert Jahren aufwallender Unmut einmal über die Schwächen einzelner Rheinbundsfürsten geäußert hat; daß aber seit jenen trüben Zeiten viel alte Schuld geföhnt worden, daß vor allem das Verhältnis von Fürst und Volk im Laufe des 19. Jahrhunderts eine fruchtbare Vertiefung erfahren hat, wodurch der Fürst nicht mehr über und neben, sondern in und mit seinem Volke lebt, das will er nicht sehen. Unter den von ihm gebrachten Stimmen aus der Zeit vor 100 Jahren zitiert er auch ein scharfes Wort, das der zornige Arndt gegen die Fürsten hinwarf. Aber der wadere Patriot hatte sich doch auch im Ärger über Dinge, die er mißbilligte, sein gesundes Urteil und seinen offenen Blick nicht rauben lassen, wie der „Volksfreund“. Trotz aller Enttäuschungen und selbst trotz der ihm nachher von einer reaktionären Regierung zugefügten Kränkungen hielt er den Glauben an den Segen einer pflichtbewußten Monarchie zäh fest. In seinen Lebenserinnerungen bezeichnet er es doch als Fazit seines Denkens und seiner Erlebnisse: „der Gedanke einer deutschen Republik oder gar mehrerer deutscher Republiken ist auch nicht einen Augenblick in meinem Leben über mein Gehirn hin, geschweige in mein Gehirn hineingelaufen. Ein wohlgeordnetes, gesetzliches und in der Majestät seines Herrscherstammes verehrtes Königtum bietet alle möglichen Vorteile eines Freistaats dar und ermangelt all seiner Erschütterungen und Mängel durch einzelne ungeheure Männer oder wilde Rotten“. Auch von Fichte bringt der „Volksfreund“ einen scharfen Tadel über die servile Art, wie Napoleon von einzelnen deutschen Fürsten umworben wurde. Wir haben oben angedeutet, welche traurige Verhältnisse zu solchen Gunstbewerben veranlaßten und können daher die von Fichte geübte Kritik verstehen. Aber der berühmte Philosoph hat in seinen herrlichen Reden an die deutsche Nation auch andere kräftige Worte in die Welt gesandt, die mehr sind als ein gegen Servilität gerichteter Ausbruch des Zornes, Worte, die er als heiligste Überzeugung jedem deutschen Manne ins Innere geschrieben wünschte. Zu den beherzigenswertesten sähien uns immer der Satz zu gehören: „Vaterlandslosigkeit ist als äußerer Zustand ein großes Unglück, als innere Gewinnung eine Niederträchtigkeit!“ H.

Der Stand des Militärluftfahrwesens in Deutschland.

* Von aktuellstem Interesse dürfte es sein, wie weit der Ausbau unserer Luftschiffe und des Flugzeugmaterials für Heer und Flotte zurzeit gediehen ist.

Von den Zeppelinluftschiffen befinden sich im Dienstgebrauch des Heeres „Z. 2-5“. Am diesjährigen Kaisermanöver nahmen von diesen Schiffen „Z. 4“ und „Z. 5“ teil. Die Marine verfügt zurzeit nur über den am 12. September d. J. übernommenen „L. 2“, nachdem „L. 1“ am 9. September durch ein orkanartiges Unwetter bei Helgoland zerstört wurde. Aber Ersatz „L. 1“ ist schon in Arbeit und soll noch in diesem Jahre fertig werden. „L. 2“ ist mit seinem 27 000 Kubm. Rauminhalt das größte Luftschiff der Welt. Das Schiff bleibt in Zohannistal stationiert bis zur Fertigstellung der Doppelhalle in Cuxhaven. Im Mobilmachungsfall würden der Landesverteidigung gegenwärtig außerdem noch die der Delag gehörenden Passagierluftschiffe „Ganja“, „Victoria Luise“ und die in Leipzig stationierte „Sachsen“ zur Verfügung stehen.

An Parfervallschiffen sind „P. 2“ und „P. 3“ dienstbereit, ein neuer „P. 4“ sollte im Herbst d. J. zur Ablieferung gelangen.

Von den „S“-Schiffen ist „S. 1“ nur als Schulschiff noch im Gebrauch, „S. 2“, der mit dem „S. 1“ bei der Zerstörung der Halle von „S. 3“ am 10. Oktober 1912 beschädigt wurde, ist nicht wieder ausgebessert worden. Dagegen ist „S. 3“ in der Werft des Tegeler Luftschiffwerkes wieder hergestellt worden und befindet sich bereits im Dienstgebrauch. Außerdem hat am 11. August der ebenfalls für die deutsche Heeresverwaltung bestimmte ungebauete „M. 4“ mit den Probefahrten begonnen. Durch diesen Neubau werden auch die im Umlauf gewesenen Gerüchte widerlegt, daß der Bau von „M“-Schiffen eingestellt sei. Es wird von den Erhebungen mit „M. 4“ mit abhängen, ob noch mehr Schiffe dieses Typs in Auftrag gegeben werden.

Außer den Luftschiffen dieser 3 Systeme besitzt die Heeresverwaltung noch ein Siemens-Schuckert- und ein Schütte-Lanz-„S. L“-Schiff. Dieses wurde leider am 16. Juli d. J. bei Schneidemühl durch einen Sturm zerstört. Aber von demselben Modell ist ein zweites, nach weiteren Angaben sogar bereits ein drittes gegenwärtig im Bau.

Konstruktions Einzelheiten und Vergleichsdaten aller dieser Schiffe sind, soweit sie veröffentlicht werden dürfen, so oft durch die Tages- und Fachpresse gegangen, daß wir uns auf die vorangegangenen kurzen Daten neuester Zeit beschränken konnten.

Zahlreicher als die Luftschiffsysteme sind die in militärischem Gebrauch befindlichen Flugzeugtypen. Es werden zurzeit etwa 15 verschiedene Modelle benutzt. Die gebräuchlichsten davon sind die auch bei dem diesjährigen Prinz-Heinrich-Flug verwendeten: „Rumpfer-Taube“, „Euler-Doppeldecker“, „Deutsche Flugzeugwerke-Eindecker“, „Aviatik-Militär-Eindecker“, „Gothaer Waggonfabrik-Eindecker“, „Luftverkehrs-Gesellschaft-Doppeldecker“, „Albatros-Doppeldecker“, „Mars-Doppeldecker“, „Zeppelin-Stahltaube“.

Auch bei der Marine sind bis jetzt noch einige der im Heere üblichen Flugzeuge im Gebrauch. Aber bei den veränderten Anforderungen, die die Marine an die Wasserflugmaschine stellen muß, ist die Forderung nach einem eigenen, geeigneten Typ wohl begründet. Der im Juli auf dem Bodensee abgeschlossene Wettbewerb ist jedenfalls der Lösung des Problems sehr förderlich gewesen und hat den Beweis erbracht, daß in Deutschland mehrere Firmen vorhanden sind, deren Flugzeuge den gestellten Bedingungen an Zuverlässigkeit, Schnelligkeit und Steigfähigkeit entsprechen konnten. Es waren 16 Maschinen angemeldet worden; 9 davon erschienen. Und von ihnen haben 6 alle Aufgaben ohne Schwierigkeit gelöst. Bei solchem Ergebnis dürfte es nicht schwer fallen, in absehbarer Zeit auch die höchsten Anforderungen zu erfüllen.

Zivilflugplätze gibt es bis jetzt an 31 Orten Deutschlands, auf denen 45 Fliegerhöfen Schüler ausbilden. In Ballonhallen besitzt Deutschland zurzeit 27, die über das ganze Reich verteilt sind. Groß-Berlin steht hier mit 6 großen Hallen an der Spitze. Von ganz besonderem Wert aber werden für die Heeresverwaltung die in der Ausführung begriffenen bzw. schon bestellten dreihallen Doppelhallen sein. Von ihnen sind, wie die „N. p. C.“ zu berichten weiß, zurzeit eine ganze Anzahl in Aussicht genommen. Mit der Fertigstellung aller dieser Hallen wird innerhalb Jahresfrist gerechnet.

Politische Übersicht.

Die „Bayerische Staatszeitung“ zur Frage der Beendigung der Regentschaft.

* Die „Bayer. Staatsztg.“ veröffentlicht nachstehende Erklärung zu dem in der Presse besprochenen Gutachten in der Königsfrage: „In mehreren Zeitungen wurden in den jüngsten Tagen Auszüge aus dem Gutachten über die Beendigung der Regentschaft veröffentlicht. Die Staatsregierung sieht sich mit Rücksicht hierauf veranlaßt, das Gutachten hiermit im Wortlaut zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Schon seit Lebzeiten des Prinzregenten Luitpold war, insbesondere in der Kammer der Abgeordneten angeregt worden, daß die Regentschaft endigen und Prinzregent Luitpold König werden solle. Die Frage wurde zwar dadurch erledigt, daß der dama-

lige Vorsitzende des Ministerrates im Landtage als allerhöchste Willensmeinung Sr. Maj. Hoheit des Prinzregenten Luitpold dessen Wunsch kundgab, es möge an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden. Allein der Gedanke, daß Bayern wieder einen regierungsfähigen König erhalte, blieb in weiten Kreisen der Bevölkerung wach und war auch später wiederholt Gegenstand der Erörterung. Aber die Art und Weise, wie dies geschehen könne, wurden verschiedene Ansichten geäußert. Von einer Seite wurde insbesondere vorgeschlagen, die Vormünder König Ottos sollten auf die Krone verzichten. Von anderer Seite wurde die Meinung vertreten, nach bayerischem Rechte sei die Regierungsfähigkeit Voraussetzung der Thronfolgefähigkeit. Der Regent könne also bei einer lange dauernden Regentschaft den König für dauernd regierungsunfähig erklären und sich selbst ohne Mitwirkung des Landtages zum Könige proklamieren. Als nach menschlicher Voraussicht mit dem nahen Tode des Prinzregenten Luitpold gerechnet werden mußte, erachtete es die Staatsregierung als ihre Aufgabe, zu prüfen, ob nicht gelegentlich des Wechsels in der Regentschaft die Frage der Beendigung der Regentschaft und der Herstellung des normalen Zustandes gelöst werden solle. Der Ministerrat ersuchte daher den Justizminister, über die Frage ein Gutachten auszuarbeiten. Der Justizminister legte sodann das unten abgedruckte Gutachten des Ministerrates vor. Da von den in der Literatur besprochenen Wegen der der Proklamation eine nicht unerhebliche Zahl von Anhängern hatte, so befaßte sich das Gutachten zunächst mit diesem Wege. Es wies nach, daß dieser Weg aus rechtlichen und politischen Gründen ungangbar sei. In seinem zweiten Teile schlug das Gutachten dann den Weg vor, der nach der Ansicht des Justizministeriums rechtlich zulässig war. Dieses Gutachten war, wie bemerkt, nur für den Ministerrat bestimmt und fand auch die Billigung des Ministerrates. Nach dem Tode des Prinzregenten Luitpold suchte die Staatsregierung mit dem Landtage über die Königsfrage Fühlung zu nehmen. Zu diesem Zwecke gab sie einigen Mitgliedern der Kammer der Reichsräte von dem Gutachten des Justizministeriums Kenntnis. Auch teilte sie einigen Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten — und zwar selbstverständlich den Mitgliedern aller Parteien — das Gutachten zur Information mit. Bei den Besprechungen in den Fraktionen wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß das Gutachten an sich nur für den Ministerrat bestimmt gewesen sei, jedoch die Billigung des Ministerrates gefunden habe und daß, wenn es zu einer Vorlage an den Landtag käme, das Gutachten die Grundlage der Vorlage — deren Entwurf übrigens im Justizministerium bereits ausgearbeitet wurde — bilden würde.“ (Im Anschluß hieran gibt die „Bayerische Staatszeitung“ das erwähnte Gutachten im Wortlaut wieder.)

* Die 15. ordentliche Vertreterversammlung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend faßte zu dem Punkte „Verhältnis von Staat und Kirche in der Gesetzgebung“ folgende Entschlüsse:

„Der jungliberale Vertretertag erkennt die hohe Bedeutung der Religion für Volk und Staat an. Er ist überzeugt von der Notwendigkeit des Bestandes und der staatlichen Anerkennung der Kirchen und religiösen Gemeinschaften als der Ausdrucksformen religiösen Gemeinschaftslebens. Dabei ist es eine unbedingte notwendige nationale Aufgabe, auf ein gemeinsames Staatsgefühl trotz der konfessionellen Verschiedenheiten hinzuwirken.“

Unsere Gesetzgebung und Verwaltungspraxis in religiösen und kirchlichen Angelegenheiten ist jedoch mit der Entwicklung des religiösen Lebens in der Gegenwart nicht fortgeschritten; sie entspricht nicht den liberalen Forderungen nach Gerechtigkeit, nach Gewissensfreiheit und nach Erziehung zum friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Glaubensbekenntnisse im nationalen Staate. Der Vertretertag fordert daher die nationalliberalen Fraktionen im Reich und in den Einzelstaaten auf, mit Nachdruck eine Reform der einschlägigen staatlichen Gesetzgebung zu betreiben, die den Tendenzen des Liberalismus Geltung verschafft. Als besonders dringend bezeichnet der Vertretertag Reformen: 1. der praktischen Durchführung der Gleichberechtigung aller religiösen Überzeugungen im Staatsleben; 2. der Stellung des Staates zur Schule; 3. des Verhältnisses des Staates zu innerkirchlichen Fragen; 4. der Rechtsstellung der Dissidenten und dissidentischen Religionsvereine.“

Ferner wurden folgende vom Verein Köln unterstützte Anträge der Vereine Berlin und Charlottenburg angenommen:

1. Der Vertretertag möge beschließen, an die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses das Ersuchen zu richten, den in der letzten Session nicht erledigten Antrag, Schiffer-Gadenberg betr. die Befreiung der Dissidenten der vom konfessionellen Religionsunterricht mit Entschiedenheit wieder aufzunehmen. 2. Der Vertretertag wolle beschließen, ein kulturpolitisches Programm für den Jungliberalismus aufzustellen. Zur Vorbereitung dieses Programms sollen alle Vereine gehalten sein, bis zum 1. Januar 1914 ihre bestimmt formulierten Wünsche bei der Geschäftsstelle des Reichsverbandes einzureichen. Der Gesamtverband des Reichsverbandes soll in eine Prüfung und Sichtung des Materials eintreten und die Vereine von dem Ergebnis seiner Arbeit unterrichten; er soll dem nächsten Vertretertag den Entwurf seines Programms vorlegen. 3. Der Vertretertag möge beschließen, die Parteileitung aufzufordern, allen Versuchen zur Aufhebung oder Milderung der Jesuiten-Gesetzgebung energig entgegenzutreten.“

Des weiteren wird eine gebührende Vertretung der nationalliberalen Arbeiterschaft im Reichstage und im Abgeordnetenhaus und ein kommunales Programm der nationalliberalen Partei gefordert.

Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, der von der Regierung in einem unseres Erachtens recht unangebrachten Ton eine imperialistische Weltpolitik fordert. Der Antrag lautet:

„Das deutsche Volk muß von der Regierung erwarten, daß sie mit Stetigkeit und Festigkeit eine imperialistische Politik verfolgt und von den gewaltigen Machtmitteln, die ihr der ge-

malige Opfermut der Nation zur Verfügung gestellt hat, im Gegensatz zu bisher den Gebrauch macht, der auch uns, so weit es möglich ist, den unentbehrlichen Zuwachs an Macht und Gebiet verschafft. Zur Unterstützung dieser Politik ist eine bis auf den Grund gehende Reform des diplomatischen Dienstes dringend erforderlich: Nicht Adel und Vermögen, sondern die Befähigung muß der einzige Maßstab für die Vertreter des Deutschen Reiches im Ausland sein. Wir erwarten, daß unsere nationalliberale Reichstagsfraktion mit allen erdenklichen Mitteln auf die Durchsetzung dieser Forderung drängt. Wir verlangen ferner, daß die Angelegenheiten der auswärtigen Politik im Reichstag eingehender behandelt werden, daß insbesondere nicht, wie so oft, die Vollvertretung auf Anfrage über diese wichtigen Dinge mit inhaltslosen Reden der Regierung abgepeißt wird. Um dieses durchzusetzen, muß vor allem auch unsere Partei mit größtem Nachdruck auf die Durchführung der konstitutionellen Forderung ihrer Entschlossenheit (verantwortliche Reichsministerien, Staatsgerichtshof) hinwirken."

* Kaiserreise nach Trier. Der Kaiser hat am Montag abend um 6.50 Uhr von der Station Wildpark aus im Sonderzug die Reise nach Trier angetreten.

* Staatssekretär Dr. Solf hat vom 4. Oktober ab unter Führung des Gouverneurs Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg das Schutzgebiet Togo bereist. Montag morgen hat der Staatssekretär auf dem Dampfer „Lucie Boermann“ die Heimreise angetreten.

* Dem bayerischen Gesandten in Berlin Grafen von Lerchenfeld ging zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunsch des Kaisers zu. Auf der bayerischen Gesandtschaft in Berlin ist eine sehr große Menge weiterer Glückwünsche von Fürstlichkeiten und hochgestellten Persönlichkeiten eingelaufen. Von einer offiziellen Feier wurde auf Wunsch des Grafen Abstand genommen, da er wegen des Todes seiner Schwester Trauer hat.

* Schutz der Deutschen in Mexiko. Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ meldet: Rückblickend der Lage in Mexiko steht die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Mexiko bevor.

* Ausland.

Paris, 14. Okt. Der französische Botschafter am russischen Hofe Delcassé, der ursprünglich erst anfangs November auf seinen Posten zurückkehren wollte, wird sich bereits am 22. Oktober nach Petersburg begeben.

Stockholm, 13. Okt. Die Vermutung, daß auf das Automobil des Prinzen Wilhelm von Schweden nach der Jagd bei Groenfska ein Mordanschlag verübt wurde, ist unbegründet. Die Untersuchung ergab, daß die Steine von einem Eich, dessen Spuren deutlich zu sehen waren, auf den von dem Automobil zu passierenden Weg geworfen worden sind.

St. Petersburg, 13. Okt. Der Kaiser hat den Großfürsten Kirill Wladimirovitch zu seinem Vertreter bei der Hundertjahrfeier der Schlacht bei Leipzig ernannt. Zur Teilnahme an der Feier ist eine Abordnung des Kaiserregiments der Kaiserlichen Leibwache mit ihrem Kommandeur, General Komomareff, nach Leipzig abgereist.

Belgrad, 13. Okt. Die Regierung hat den Befehl erteilt, daß die serbischen Truppen an der albanischen Grenze ihren Vormarsch auf der ganzen Linie einstellen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 14. Oktober.

Zu den Landtagswahlen.

oc. Bruchsal, 13. Okt. Im 52. Landtagswahlkreis Bruchsal-Land wurde von der Nationalliberalen Partei Reallehrer Klemm als Landtagskandidat aufgestellt.

oc. Rastatt, 13. Okt. Im 36. Wahlkreis Rastatt-Baden hat die Nationalliberale Partei Postsekretär Adolph aus Karlsruhe als Landtagskandidaten aufgestellt.

oc. Schopfheim, 13. Okt. Gutem Vernehmen nach stellen die Anhänger des Bundes der Landwirte im hiesigen Landtagswahlkreis den Landwirt Wilhelm aus Forheim (A. Waldshut) als Kandidaten auf.

Vaterländisches Spielfest des Jungdeutschlandbundes Baden.

W. S. Karlsruhe, 13. Okt. Ein frohbewegtes Leben herrschte gestern Sonntag in den Straßen unserer Residenz. Schon am frühen Morgen waren sie auf den Beinen: alle jenen frischen, fröhlichen Tungen in ihren fleid-samen Felduniformen, Pfadfinder und die andern Jugendorganisationen, um die zum vaterländischen Festspiel kommenden Gäste würdig zu empfangen. Aus allen Orten des Kreises Karlsruhe kamen die Vereine und zogen zunächst um 9 Uhr zum Gottesdienst in die Kirchen ihres Bekantnisses. Und nach der Kirche ging's in stottem Marsch hinous zur Grenadierkaserne, wo im Exerzierhaus die großen Kameraden ein würziges Mahl für die jungen Freunde bereitet hatten. Für ganze 31 Pf. bekam jeder „Mann“ vollauf zu essen, soviel er wollte. Ein anstrengender Nachmittag stand bevor. Schon gleich nach 1 Uhr wurde es draußen auf dem Sportplatz des Fußballvereins lebendig. Wie beim Führerturs, so lag auch diesmal die Vorbereitung in den bewährten Händen des Herrn Professor Hermann Ernst Maier, der mit Lust und nimmermüdem Eifer sich der Mühe unterzogen hat. Als um 2 Uhr unter Trommeln und Trompetenschall die Teilnehmer in den Festplatz einrückten, harrten bereits gegen 9000 Menschen dort ihrer. Und immer mehr noch kamen. Schließlich mögen über 10 000 Menschen versammelt gewesen sein. Auf den Tribünen waren als Vertreter des Großherzogs erschienen: Generaladjutant Dürr,

als Abgesandter der Großherzogin Luise Prinz von Seldeneck, ferner der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Boehm, Generalleutnant Jaeger Schmidt und General Fritsch vom Vorstand des Jung-Deutschlandbundes Baden, Prälat Schmitthenner und viele andere hochgestellte Persönlichkeiten. Leider konnten die höchsten Herrschaften nicht anwesend sein und so wurden vor Beginn der Feier Guldigungs- und Ergebenheitstelegramme nach Badenweiler, der Insel Mainau und Salem abgesandt. Schon am frühen Morgen hatte Prinz Max telegraphiert, daß er es sich leider versagen müßte, an dem schönen Fest teilzunehmen und daß er fröhlichen Verlauf wünsche. — Unter den Zuschauern befanden sich auch gegen 60 Kadetten, die neuerdings auch in die Bestrebungen des Jung-Deutschlandbundes eingeweiht werden.

Zu Beginn der Feier erinnerte Kanzleirat Schmidt an die große Zeit vor hundert Jahren und wie es gelte, die Jugend kräftig und widerstandsfähig zu machen, um Männer zu bilden, die, von glühender Vaterlandsliebe befeuert, bereit sind, in Zeiten der Gefahr mit Gut und Blut für ihr Vaterland einzutreten. In ein Hoch auf das deutsche Vaterland klang die von Begeisterung getragene Ansprache aus und nun stimmten alle Kapellen das Lied vom deutschen Vaterland an, welches von den Zuschauern stehend mitgesungen wurde.

Es begannen sodann die Sportspiele: Nach einem sehr hübsch von Bureauassistent Fischer einstudierten Flaggenreigen der katholischen Jugendvereine fand unter Leitung des Kaufmanns Schmitz Wetlauf der Sport- und Turnvereine über 100 Meter statt. Es folgte ein Schlagballspiel der Turnvereine (Bankbeamter Weiß), welches fesselnde Momente bot. An dieses schloß sich, geleitet von Lehramtspraktikant Falschlunger, ein Tauziehen der Jugendmannschaften der Sport- und Turnvereine, sowie ein Steinstoßen (Oberhaussekretär Blum) an. Beide Vorführungen wurden mit Interesse verfolgt, ebenso wie das Weitpringen, das Schneidermeister Sothen leitete.

Der Stafettenlauf (10 mal 100 Meter) rief lauten Beifall hervor. Es ergaben sich sehr spannende Momente, die den Angehörigen der einzelnen Wettläufer (es liefen auf getrennten Bahnen Angehörige der Sport- und Turnvereine, der Pfadfinder, sowie der evangelischen und katholischen Jugendvereine).

Inzwischen war unter schallendem Gelächter ein großer Ball in die Bahn gerollt worden, fast 2 Meter im Durchmesser. Den hatten die in weißes Drillkleid gekleideten Pforsheimer Jugendwehren (Turnlehrer Stober, Pforsheim) mitgebracht, um damit ein Spiel anzuführen. Dieses erregte allseitige Heiterkeit und gefiel sehr. Es folgte nun noch ein schneidiges Fußballspiel, das die Jugendmannschaften des Karlsruher Fußballvereins und Phoenix vorführten, worauf die Verteilung der errungenen Preise durch Generalleutnant Jaeger Schmidt unter anerkennenden und dankenden Worten erfolgte. Während des 2. Teiles des Festes war auch der kommandierende General, General der Infanterie von Suenne erschienen, der sich über das Gesehene höchst anerkennend aussprach. Auch waren noch während des Festes folgende Telegramme eingelaufen:

1. Badenweiler. Den zur Jahrhundertfeier versammelten Vereinen vom Jungdeutschlandbund Baden danke ich herzlich für die freundliche Begrüßung und freue mich über deren Gelöbniß treuer Arbeit zum Wohl unseres Vaterlandes. Ich bedauere lebhaft, an Ihrer patriotischen Veranstaltung nicht teilnehmen zu können und wünsche ihr den schönsten Verlauf. gez. Friedrich, Großherzog.

2. Mainau. Die freundliche Begrüßung, die Sie mir soeben zukommen ließen aus dem großen Kreise der Mitglieder des Jungdeutschlandbundes Baden, Kreis Karlsruhe, erfreut mich herzlich und bitte ich Sie, meinen alleraufrichtigsten Dank zu empfangen, ein Dank, der mit treu empfundenen Segenswünschen sich verbindet für fortwährende Weiterentwicklung Ihrer edlen vaterländischen Bestrebungen. gez. Großherzogin Luise.

So kann der Jungdeutschlandbund Baden stolz sein auf diese Feier, die gewiß auf die Herzen aller Teilnehmer einen unausslöchlichen Eindruck gemacht hat.

* Nr. XXXVIII des Gesetzes- und Verordnungs-Blattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Bekanntmachungen und Verordnung: des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: die Führung der Grund- und Pfandbücher in der Zwischenzeit betreffend; des Ministeriums des Innern: die Wanderpassbühren betreffend; Viehzählung betreffend.

oc. Bühl, 13. Okt. In der außerordentlichen Generalversammlung des Vorwärtsvereins gingen alle gestellten Anträge zur Erhaltung der Genossenschaft, zur Einzahlung der Stammanteile auf 2000 M. und die damit verbundene Satzungsänderung durch.

oc. Haslach i. R., 13. Okt. Stadtpfarrer Dr. Hans Jakob wurde zum Ehrenbürger der Stadt Haslach i. R. ernannt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Trier, 14. Okt. Der Kaiser traf um 9 Uhr 35 Min. hier ein.

Berlin, 14. Okt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einem Artikel des „Hannoverschen Couriers“ wird die bevorstehende Erledigung der braunschweigischen Thronfolge als ein politisches Opfer, das dynastischen Rücksichten gebracht wird, scharf getadelt. Weil des Kaisers Tochter den letzten Welfensproß zum Gemahl erkoren habe, gehe man über wichtige Reichsinteressen hinweg und treibe Hauspolitik. Der hierin liegende Vorwurf gegen S. M. den Kaiser und König kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden.

Mögen auch diese Ansichten über die Bedingungen der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig noch auseinandergehen, fest steht jedenfalls, daß für die Haltung des Kaisers und seiner Regierung nicht die Heirat der Kaiserin und dynastische Hausinteressen, sondern die von dem Prinzen vor seiner Verlobung und Hochzeit mit Zustimmung seines Herrn Vaters abgegebenen Erklärungen, und die damit für die Zukunft dem Reiche und Preußen geleisteten Garantien entscheidend waren.

Paris, 14. Okt. Der „Reit Parisien“ erklärt in einem sichtlich offiziellen Artikel, das Ergebnis der Madrider Reise des Präsidenten Poincaré und die Besprechungen der Minister Richon und Romanones, sowie Lopez Munoz lassen sich dahin kennzeichnen, daß zwar kein formelles Bündnis abgeschlossen, aber ein vollständiges Einvernehmen erzielt worden sei. Was die allgemeine Politik anlangt, so hätten die Verhandlungen einen völligen Einklang betreffend die Auslegung des Abkommens von 1907 ergeben, durch die Frankreich, Spanien und England sich verpflichteten, den Status quo im westlichen Mittelmeer und in einem Teile des Atlantischen Ozeans zu verbürgen. Der Zweck dieses Abkommens sei hervorragend friedlich. Es werde niemand bedrohen, im Gegenteil, es bilde eine Versicherung für Dritte, da es jede Änderung ausschalte.

Verschiedenes.

Der Brand des Dampfers „Vulturino“.

New-York, 13. Okt. Eine Depesche vom Lloyd-Dampfer „Großer Kurfürst“ meldet: Als wir beim „Vulturino“ eintrafen, brannte der „Vulturino“, furchtbar. Es wurde durch drahtlose Telegramme festgestellt, daß das Feuer im Vorder-raum ausgebrochen war und zwar infolge einer Explosion. Am Donnerstag früh um 7 Uhr loderten die Flammen aus einer Luke 80 Fuß hoch empor. Es wurde ermittelt, daß von der Mannschaft und den Zwischendeckpassagieren 50 Personen durch die Explosion und das Feuer umgekommen sind. Von 6 Booten des „Vulturino“ zerstückelten 3. Ein 4. Boot mit 40 Insassen kenterte. Alle Insassen ertranken, 2 Boote mit 60 bis 80 Insassen führten davon. Sie sind jedoch dem Anseher nach verloren. Der hohe Seeegang machte die Übernahme der Passagiere unmöglich. Der „Große Kurfürst“ fischte 32 Personen aus dem Meer. Am Donnerstag abend um 9.40 Uhr erfolgte eine 2. Explosion. Bei Tagesanbruch am Freitag konnten dann die übrigen Geretteten übernommen werden.

Blüthen, 13. Okt. Im Noompot der Scheldemündung ist eine Leiche aufgefunden worden, die bereits in Verwesung übergegangen ist. Mehrere bei der Leiche befindliche Wertgegenstände sind geborgen worden, die Leiche selbst wurde wegen des schlechten Wetters wieder in das Wasser geworfen. Da angenommen worden war, es handele sich um den vermißten Dr. Diesel, wurde dessen Sohn telegraphisch herbeigerufen, der die Wertgegenstände Eigentum seines Vaters rekonstruierte. Es besteht also kein Zweifel, daß Dr. Diesel ertrunken ist.

Cardiff, 14. Okt. (Neuermeldung.) In dem Kohlenbergwerk Universal ereignete sich heute vormittag, als sich 700 Mann im Schacht befanden, eine Explosion. Von 200 Versütteten wurden 327 gerettet; 6 Leichen sind geborgen, die Zahl der Toten wird auf 150 geschätzt.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Mädchen: V.: Anton Geneta, Bremser. — V.: Matthias Zechmann, Güterarbeiter.
Todesfälle. Wilhelm, V.: Wilh. Maurer, Nottenschlichter. — Lilli Bachs, Witwe. — Minna Parth, Ehefrau. — Elise, V.: Matthias Raible, Schuhmacher. — Hans, V.: Wilh. Bühler, Schuhmacher. — Friedrich, V.: Karl Kuppferle, Tagelöhner. — Karl, V.: Christian Gaisl, Maschinenarbeiter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 14. Oktober 1913.

Der hohe Druck hat seit gestern noch zugenommen, doch hat sich sein Kern, in den die Barometerstände 780 mm übersteigen, vor einer im hohen Norden erscheinenden Depression zurückweichend, auf das Weichselgebiet verlegt. In ganz Mitteleuropa herrscht heiteres Wetter; vielfach ist Nachtfrost und Reif aufgetreten. Der hohe Druck wird zwar voraussichtlich seine Wanderung nach Südosten fortsetzen, doch werden wir vorerst noch in seinem Bereich bleiben; es ist deshalb meist heiteres, nachts kaltes, untertags ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 14. Oktober, früh:

Lugano bedeckt 10 Grad, Biarritz heiter 13 Grad, Triest wolkenlos 8 Grad, Florenz wolkenlos 11 Grad, Rom halbbedeckt 13 Grad, Cagliari wolkenlos 13 Grad, Brindisi wolkenlos 16 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

Oktober	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigk. in Proz.	Wind	Himmel
13. Nachts 9 ^u 11.	763.7	8.3	6.8	84	NO	wolkenlos
14. Morgs. 7 ^u 11.	764.3	1.4	4.7	93	"	"
14. Mittags. 2 ^u 11.	762.6	11.5	4.5	45	"	heiter

Höchste Temperatur am 13. Oktober: 13.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.2.
Niederschlagsmenge gemessen am 14. Oktober, 7^u früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 14. Oktober, früh: Schutterinsel 1.48 m, gestiegen 2 cm; Rehl 2.31 m, gefallen 3 cm; Mainz 3.70 m, gefallen 8 cm; Mannheim in 2.50 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amen in Karlsruhe.
Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bei **Appetitlosigkeit**
Dr. Hommel's Haematogen
20 jähriger Erfolg!
Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel.** F. 208

Den Badischen Behörden empfehlen sich:

**MASCHINENFABRIK
AUGSBURG-MAN NÜRNBERG**

MAN

Werk Gustavsburg.

Gasbehälter

mit pat. M.A.N. - Wölbbassin.

Wien-Simmering 150 000 cbm — Wien-Brigittenau 250 000 cbm — Nürnberg 120 000 cbm — Mainz 40 000 cbm — Augsburg 25 000 cbm — Algier 20 000 cbm — Marseille 30 000 cbm — Paris 150 000 cbm — Budapest Gasbehälter I 100 000 cbm — Budapest Gasbehälter II 100 000 cbm — Buer 25 000 cbm — Mannheim 75 000 cbm — Duisburg 50 000 cbm — Lichtenberg b. Berlin 75 000 cbm

* Diese Behälter haben ein Bassin aus Eisenbeton nach dem pat. M.A.N.-Wölbbassin.

Drucksache K. S. 56 von uns oder unserer Vertretung:

Emil Gehorsam, Civil-Ingenieur, Karlsruhe, Kriegstrasse 91.

Glasdächer (Neue gesetzlich geschützte) — **kittlose** Systeme —
projektiert und liefert einschließlich aller Anschlüsse
und Verwahrungen. — **Komplett unter Garantie.**

Fenster (schmiedeiserne)
D.R.G.M.

A. BEIERLE, Freiburg i. Br.

Vertretungen:
Karlsruhe: Architekt Gust. Hölzer, Kriegstr. 109
Pforzheim: E. Troost, Telefon 667
Mannheim: Ingenieur Kurt Böhmer, Telefon 484
Strassburg: Ingenieur M. Fessler, Telefon 2033
Württemberg: Ingenieur F. Klein, Stuttgart, Telefon 4506.



Umbau vorhandener Aufzüge.

Vertreter für Karlsruhe: O. Werther, Ingenieur, Hübschstraße 36, Telefon 2366.

**Wasser- Gewinnung
Versorgung**

Schachtbrunnen — Rohrfilterbrunnen
Tiefbohrungen in jeder Weite
Quellerschliessungen, Quellfassungen
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.

Technisches Bureau D.100 Fernsprecher 2271.

Moment-Badeeinrichtung

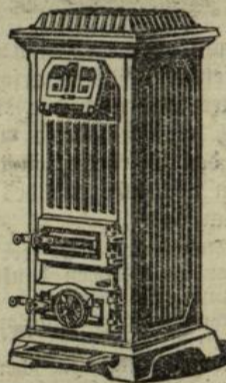
für Holz, Kohle od. Gas.
In 10 Minuten ein
warmes Bad.

Auch für Orte ohne
Wasserleitung. Mit Zink- od. porzellan-email. Wanne.
Komplette Einrichtungen von M 70.- an.

Tragbare Waschkessel mit Feuerung. Guss, Kupfer oder
verzinkt von Mark 25.- an.
Bad. Eisen- und Blechwarenfabrik, Sinsheim-Elsenz.
D.102 Ausführl. Prospekt gratis.

Winters Germanen

Patent-Dauerbrand-Oefen



für alle Zwecke seit zwanzig
Jahren vorzüglich bewährt.
900 000 Stück im Gebrauch.

Oefen von 50 bis 2500 cbm
Heizkraft, insbesondere für
Kasernen, Magazine, Dienst-
räume usw. Zu beziehen
durch die Eisen- und Ofen-
handlungen. Auf Wunsch
werden Bezugsquellen nach-
gewiesen. Verlangen Sie die
Verkaufsliste O 95, Ausgabe
1913.

Germania Ofen- u. Herdfabrik Winter & Co.

Hannover und Sarstedt,
langjähriger Lieferant staatlicher und städtischer Behörden.

Raffenschränke

gegen Feuer und Einbruch erprobt

Moderne gediegene Bauart
Lager in allen Größen ::

Grund- u. Pfandbuchschränke
Kassetten : Safes-Anlagen

Angebote, Kataloge gratis — Feinste Referenzen
K. Schuler
Moltkestr. 22 Freiburg i. B. Fernspr. 1889

Eisenwerk Ladenburg

liefert
Eiserne Brücken, Hochbau-
konstruktionen D.181

nach eigenen und eingesandten Projekten.
Eisenbahn-Bedarfsartikel.

**Rastatter Uniformfabrik
Albert Hilbert, Hoflief.**

Telephon 100 Rastatt Gegründet 1872
Lieferant staatl. und staatl. Behörden empfiehlt sich in
Uniformen und Ausrüstungsgegen-
ständen für Polizei, Feuerwehr,
Feld- und Waldhüter.
Grosses Lager in Uniformtuchen.

Diktier-Maschinen-Gesellschaft m. b. H.

Fernsprecher 3248 KARLSRUHE Bernhardstraße 9
Allein-Vertrieb für Süddeutschland u. Schweiz des

„Lindström's Parlograph“

Verlangen Sie sofort kostenlose Vorführung.



Stolzenberger

Schnellhefter
Registraturen
Bureaumöbel

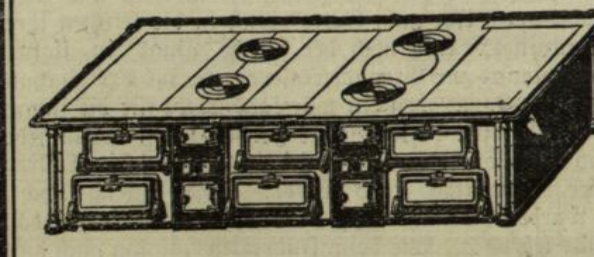
sind erstklassig in Qualität, un-
übertroffen an Zweckmäßigkeit
Reich illustrierter Katalog gratis

Fabrik Stolzenberg
: Oos in Baden :

Erste Rastatter Herdfabrik

Unkel, Wolff & Zwiffelhoffer

Rastatt.



Herde für Anstaltsküchen,
Dampfkochanlagen, Spül-
apparate, Spülmaschinen.